

## Persönliche Erklärung

Der Antrag des Bezirksvorstands für eine Handlungsorientierung des Bezirks Rheinland-Westfalen der DKP war konzipiert als politische Grundlage für die nächste Arbeitsperiode der Bezirksorganisation. Gestern lehnte ihn eine Mehrheit der Delegierten der BDK ersatzlos ab. Damit ist meiner Kandidatur für den Bezirksvorsitz der Boden entzogen. Ich stehe folglich nicht mehr für diese Funktion zur Verfügung.

Im Antrag der Bonner Kreisorganisation wurde unterstellt, dass unser Hauptantrag den Charakter eines alternativen Leitantrags für die Gesamtorganisation habe. Das ist eine gewaltsame Mißdeutung. Tatsächlich entspricht er in Form und Inhalt den bislang im Bezirk üblichen Hauptanträgen, mit denen wir auch in der Vergangenheit unsere politische Arbeit durchaus erfolgreich und überzeugend zu organisieren vermochten. Wir pflegen die aktuellen Probleme darzustellen und zu analysieren, ziehen praktische Schlußfolgerungen, die die Grundlagen für detailliertere Arbeitspläne schaffen. Um eine kollektive Diskussion anzuregen, werden solche Entwürfe frühzeitig in die Bezirksorganisation gegeben, mit dem Anspruch, damit den Grundsatz der Verbindung von breiter innerparteilicher Demokratie mit vereinigter zentralisierter Aktion zu realisieren. Beschlüsse müssen begründet werden, um zu überzeugen. Sie erfordern eine Einschätzung der Kräfte. Arbeitspläne, die sich damit begnügen, in knappen Stichworten die Aktionsformen aufzuzählen, reichen da nicht aus. Es zeigt sich indes, dass fraktionelle Tätigkeit unsere Organisationsprinzipien (siehe Artikel 3 des Statuts „Innerparteiliche Demokratie, Entscheidungsprozesse und Beschlüsse“) verzerrt und in Frage stellt.

Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Denn offenbar stören sich die Bonner Kreisorganisation als Antragsteller und die Mehrheit der Delegierten an der Geradlinigkeit unserer Orientierung, die im Verhältnis zu den Kurven des Leitantrags als Abweichung erscheinen muss. Beispielsweise handelt unsere Handlungsorientierung von Strategie, zitiert aus vergangenen Programmen, wo vom Kampf um demokratische Rechte die Rede ist, um schließlich auf die Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt zu kommen, einem Kernstück unserer Strategie. Im Leitantrag für den 21. Parteitag, der beansprucht, unsere Strategie zu präzisieren, kommt das nicht mehr vor. Ausführlich geht unser Entwurf auf die Krise ein, um den organischen Zusammenhang von Krise, Krieg und Faschismus nicht nur wie im Leitantrag zu unterstellen, sondern nach Möglichkeit überzeugend darzulegen. Das könnte helfen, eine politische Grundlage zu schaffen für die Verknüpfung der Antifa- mit der Friedensbewegung und anderen demokratischen Bewegungen, die sich zur der Abwehr von Krisenfolgen gebildet haben. Der Antrag schildert zudem ausführlich die sozialen Widersprüche, um daraus nachvollziehbare aktuelle Forderungen abzuleiten. Selbstverständlich äußern wir uns zu kommunal- und landespolitischen Problemen.

Unser Antrag zur Handlungsorientierung ist selbstverständlich veränderbar und zu verbessern.

Aber der Leitantrag für den 21. Parteitag kann ihn nicht ersetzen, zumal noch keiner weiß, wie er aussehen wird. Bestimmte Politikbereiche werden gar nicht erfasst. Er kann auch nicht die Kräfte unseres Bezirks einschätzen.

Praktisch läuft die pauschale Ablehnung des Hauptantrags auf den Verzicht von Politikentwicklung im Bezirk hinaus. Eine Geringschätzung von Herz und Verstand unserer Genossinnen und Genossen. Es schadet uns, einer erträumten Stromlinienförmigkeit unsere Ausstrahlung zu opfern. Der künftige Bezirksvorstand wird das kaum heilen können.

*Klaus Stein, 20. September 2015*

## Ein Detail

Uwe Koopmann berichtet auf dieser Homepage und in der UZ vom 2. Oktober über die BDK Rheinland-Westfalen korrekt über meinen Verzicht auf die Kandidatur zum Bezirksvorsitzenden, aber unzutreffend über die Gründe.

Die Ablehnung des Hauptantrags des Bezirksvorstandes, der „Handlungsorientierung“, habe ich nicht als Misstrauensvotum gewertet. Es standen weder Amtsführung noch Vertrauen zur Debatte. Vielmehr war die „Handlungsorientierung“ konzipiert als politische Grundlage für die nächste Arbeitsperiode der Bezirksorganisation. Mit der Ablehnung wurde meiner Kandidatur der politische Boden entzogen. Die Verzichtserklärung ist auf der BDK verteilt worden, der Irrtum über die Gründe des Kandidaturverzichts war also vermeidbar. Es ging nicht um Gefühle, sondern um Politik, letztlich (und – zugegeben – knapp gefasst) um die Entscheidung, ob für die Politik des Bezirks der Entwurf des Leitantrags für den 21. Parteitag oder unser Programm von 2006 Geltung beanspruchen kann.

*Klaus Stein, 2. Oktober 2015*